

Pressemitteilung vom 18.9.2007



Zur Kritik des bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverbandes (BLLV) an der CSU-Bildungspolitik:

Aiwanger: Bildung muss politisches Thema Nummer eins in Bayern werden

Die Freien Wähler begrüßen die klaren Worte des neuen BLLV-Präsidenten Klaus Wenzel zu den Versäumnissen der Bildungspolitik der Staatsregierung. Wenzel stellte dazu unter anderem fest, dass schon vor zehn Jahren auf die Probleme der knappen Lehrerversorgung hingewiesen wurde, aber die Verantwortlichen nicht reagiert hätten.

Dazu FW-Landesvorsitzender Hubert Aiwanger: „Es ist kaum zu glauben, dass die CSU die Probleme im Schulbereich nach wie vor wegdiskutiert und die Warnungen der Fachleute wieder nicht ernst nimmt. Wenn das Kultusministerium sich noch getraut, dem BLLV zu sagen, dass „das vom BLLV in Aussicht gestellte Szenarium“ der verschärften Lehrerknappheit nicht eintreten werde, dann fragt man sich schon, auf welcher Datengrundlage das Ministerium seine bisherigen Fehlprognosen erstellt hat. Die CSU hat den Lehrerberuf durch falsche Bildungspolitik an die Wand gefahren. Auch deshalb will heute kaum noch jemand Lehrer werden. Wir brauchen schleunigst kleinere Klassen für ein besseres Lernklima und bessere Arbeitsbedingungen für die Lehrer. Wer heute noch über die angeblich überbezahlten Lehrer und deren viele Freizeit spottet, der soll bitteschön selbst Lehrer werden, um die Realität kennenzulernen. Die steuerzahlenden Eltern haben ein Recht darauf, dass ihre Kinder vernünftig unterrichtet werden. 2007 ist bereits vier Prozent des Unterrichts ausgefallen, Tendenz steigend. Die CSU ist offensichtlich nicht willens, gegenzusteuern. Bildung muss aber das politische Thema Nummer eins in Bayern werden. Unqualifizierte Jugendliche ohne Ausbildungsplatz einerseits und Facharbeitermangel andererseits zeigen, wo die jetzige Bildungspolitik hinführt.“